

Eine Dienstrechtsreform ist kein Sparpaket und ein Sparpaket keine Bildungsreform
Über 700 demonstrieren am Montagabend mit der IFLD - Initiative für ein Faires
Lehrer/innendienstrecht von der Uni zum Ballhausplatz

Die partei- und gewerkschafts-unabhängige IFLD hat zu Beginn des Schuljahres
medienwirksam vor dem BMUKK demonstriert. Bei ihrer Dienstrechts-Presskonferenz am
25. 9. über die APA, Zeitungen und ORF-ZIB1 am gleichen Tag berichtet haben, kündigte
sie ihre nächste Aktion für den 7. Oktober an. Ziel der jungen KollegInnen,
UnterrichtspraktikantInnen und Lehramtsstudierenden ist weiterhin das Eingreifen in die
nach Ende der Begutachtung anstehenden neuen Verhandlungen. Sie wollen Druck
machen für ein faires Dienstrechtsreform und notwendige Bildungsreformen, damit sie in
der kommenden Legislaturperiode verwirklicht und dabei ausreichend finanziert werden.

Die Demo begann nach Unterrichtsschluss um 18:00 vor der Universität. Die Junglehrerin
Elisabeth Denscher konnte namens der Initiative über 700 TeilnehmerInnen begrüßen,
UnterrichtspraktikantInnen und Lehramtsstudierende, SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen
aller Schultypen und aller Alterststufen. Die Übergabe des Appells der IFLD an den
Nationalrat¹ und die mit der Regierungsbildung befassten PolitikerInnen am Ballhausplatz
bestimmte die Route.

Vor dem Bundeskanzleramt wurde der Appell von Kollegin Regina Bösch verlesen und
anschließend im BKA zur Weiterleitung an den designierten Koalitions-Verhandler
Bundeskanzler Faymann übergeben. Dann gab es ein offenes Mikrofon für
Demonstrationsteilnehmer, die gegen den von der alten Regierung ohne Einigung mit den
Betroffenen vorgelegten Gesetzesentwurf und für eine zukunftsweisende Bildungs- und
Dienstrechtsreform gesprochen haben: „Bildungsqualität und LehrerInnen-Dienstrecht sind
keine Sparpakete!“ „Mehr Zeit für jede Schülerin, jeden Schüler!“ „Bessere Ausbildung
heißt bessere Bezahlung, nicht Arbeitszeiterhöhung und Burnout!“ „Lassen wir uns nicht
auseinanderdividieren in AHS und Pflichtschule, Berufsschule und BMHS!“

Die Aussendung des Appells an die Parteien des neuen Parlaments erfolgte nach
Abschluss der Kundgebung auf dem Ballhausplatz. Auf den Dank an die KollegInnen der
Exekutive und der Wiener Linien für die umsichtige und freundliche Begleitung gab es die

1 IFLD - APELL AN DEN NATIONALRAT

Eine Dienstrechtsreform ist kein Sparpaket. Ein Sparpaket ist keine Bildungsreform.

Wir, die **Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht (IFLD)** sind ein Zusammenschluss von
JunglehrerInnen, UnterrichtspraktikantInnen und Lehramtsstudierenden. Mittlerweile haben sich weitere
Mitglieder der Gesellschaft angeschlossen: erfahrene und pensionierte LehrerInnen, Eltern, zukünftige Eltern -
ÖsterreicherInnen mit verschiedenen politischen Einstellungen, für die Bildung einen unermesslichen Wert hat
Wir fordern eine grundlegende Überarbeitung des Dienstrechtsentwurfs, - es muss am Grundgerüst gerüttelt werden!
Wir fordern

- die ausreichende Finanzierung des Schul- und Bildungssystems und eines neuen
PädagogInnendienstrechts
- mehr Zeit für den Berufseinstieg und den berufsbegleitenden Master-Abschluss – keine
Überforderung, kein Burnout für JunglehrerInnen!
- mehr Zeit für jede Schülerin und jeden Schüler, für individuelle Förderung und Beratung – keine
zusätzlichen Klassen, keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung
- eine Arbeitsplatzbeschreibung, die alle Tätigkeiten, die der Lehrberuf tatsächlich umfasst, genau
definiert, all diese Arbeiten anerkennt und entsprechend abgilt, anstatt bloß die Unterrichtsstunden zu
zählen.
- eine Bezahlung von Master-ausgebildeten LehrerInnen nach der L1-Akademikerstaffel – keine
Gehaltskürzung bei der Anhebung der Anfangsbezüge/Abflachung der Gehaltskurve

Wir fordern ein modernes Dienstrecht, das qualitativ hochwertige Bildung für SchülerInnen ermöglicht.

**Zur Bekräftigung unserer Forderungen verweisen wir auf die vielen kritischen Stellungnahmen zum
Begutachtungsentwurf und fordern deren Berücksichtigung bei der Überarbeitung des Entwurfs.**

Antwort: „Auch wir sind öffentlich Bedienstete und wissen, worum es geht.“ (Bericht: Kreidekreis/ÖLI-UG, 8.10.2013)

Gewerkschaftliche Solidarität mit der IFLD und ihren Forderungen

Wortmeldung Reinhart Sellners am 7.10.2013 bei der Schlusskundgebung der IFLD vor dem BKA

Glück auf, KollegInnen!

Glück auf, weil ich Gewerkschafter bin, Unabhängiger Gewerkschafter in der GÖD und im ÖGB.

Zum Regierungsentwurf hat es über 1800 Begutachtungen gegeben, fast alle kritisch bis ablehnend. Als Gewerkschafter möchte ich aus einer zitieren, aus der des ÖGB, die den Zusammenhang von Bildungsreform und LehrerInnen-Dienstrechtsreform auf den Punkt bringt, solidarisch mit euren Forderungen:

- Bildung ist ein Menschenrecht und die öffentliche Hand hat für Rahmenbedingungen zu sorgen, damit es für jedes Kind, für jeden Menschen in unserem Land einlösbar ist, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage oder Geschlecht. Jedes Kind braucht seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechend –
- Dazu braucht es entsprechende Rahmenbedingungen, eine moderne Infrastruktur und motivierte, gut ausgebildete LehrerInnen für neue gesellschaftlichen Anforderungen an Schule und Unterricht.
- Die LehrerInnen haben das recht auf die notwendige Unterstützung.
- Die Dienstrechtsreform ist ein wichtiger Teil, aber nicht der Ersatz für grundlegende Schulreformen sein.
- Der ÖGB fordert das faire Miteinander zwischen Dienstgeber und DienstnehmerInnen, Verhandlungen und eine Konsenslösung, die ArbeitnehmerInneninteressen und gesellschaftliche Bildungsinteressen berücksichtigt.
- Der ÖGB verweist auf die detaillierten Stellungnahmen der GÖD und der LehrerInnengewerkschaften.
- Für alle Gewerkschaften zentral sind die Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung.
- Arbeitszeiterhöhung und Einkommensverluste sind ein gewerkschaftliches NoGo.

Als Unabhängiger in der GÖD möchte ich noch eure Finanzierungsforderung unterstreichen: Wenn 80.000 PflichtschullehrerInnen wie 35.000 AHS- und BMHS-LehrerInnen masterwertig ausgebildet und bezahlt werden, kostet das Geld. Bildung, LehrerInnenbildung und Dienstrecht sind kein Sparpaket. Bildung kostet.

Glück auf!